

Antwort der Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt auf die Standpunkte der Jugendverbände zur Landtagswahl 2016

Politik für Kinder- und Jugendliche nimmt die Situation, die Interessen, Wünsche und Hoffnungen junger Menschen ernst. Hier tut sich ein sehr weites Feld auf: Von der Schul- und Bildungspolitik, Fragen der Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik, über die Schaffung attraktiver Freizeit- und Kulturangebote, Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen bis zur Medienpolitik zeigt sich der breite Charakter einer Politik, die junge Menschen betrifft. All dies spiegelt sich auch in den Standpunkten der Jugendverbände wieder, die DIE LINKE unterstützt.

DIE LINKE will durch eine Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen ihren gesellschaftlichen Einfluss, ihre Mitsprache- und Partizipationsmöglichkeiten erweitern. Dazu wollen wir eine Absenkung des aktiven Wahlalters auf 14 Jahre durchsetzen, bei Kommunalwahlen sollen Jugendliche ab 16 Jahren zur Wahl antreten können. In den Gemeinden und auf Landesebene müssen Kinder- und Jugendvertretungen entstehen, denen Mitspracherechte garantiert werden. Die Aufgaben und Pflichten des Kinder- und Jugendbeauftragten des Landes wollen wir erweitern. Ebenso setzt sich DIE LINKE dafür ein, den Einfluss des Landesjugendhilfeausschusses zu stärken.

DIE LINKE will die Eigenverantwortung der Schulen stärken. Dazu gehört, die Schuldemokratie weiterzuentwickeln und den Hauptakteuren der Schulen – den Schülerinnen und Schülern – mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Wichtige Entscheidungen in der Gesamtkonferenz sollen deshalb eine Zweidrittel-Mehrheit erfordern.

An der Förderung der kommunalen Jugendarbeit (Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm) wird DIE LINKE auch zukünftig festhalten. Hier wollen wir einen Flächenfaktor einführen, mit dessen Hilfe die Angebote der Jugendarbeit im ländlichen Raum gestützt werden. Grundsätzlich jedoch müssen die Städte und Gemeinden wieder auskömmlich finanziell unterstützt werden. Wir wollen die Kommunalfinanzen ausbauen, damit vor Ort wieder Gestaltungsspielräume entstehen und der Jugendclub nicht dem Rotstift geopfert werden muss.

Auf Landesebene wollen wir eine verlässliche, dauerhafte und auskömmliche Finanzierung der Jugendverbände und Jugendbildungsreferentinnen. Dazu zählen auch Tarifsteigerungen. Es muss Schluss damit gemacht werden, dass Jugendverbände teilweise über ein halbes Jahr auf ihre Zuwendungsbescheide warten müssen. DIE LINKE will mit den Jugendverbänden unbürokratische und flexible Fördermöglichkeiten diskutieren, die die Arbeit erleichtern.